

# Sehnsucht nach dem Wechsel

Die gepeinigten Menschen Iraks verbinden mit der Wahl Hoffnungen

Von Karin Leukefeld, Sulaimaniya

Vier Tage vor der Parlamentswahl im Irak sind am Mittwoch bei drei Anschlägen in der mittlirakischen Stadt Baakuba mindestens 33 Menschen getötet worden. Regierungschef Nuri al-Maliki sagte, die »Terroristen« wollten die Wahlen »torpedieren«. Im kurdischen Norden dagegen ist es vergleichsweise ruhig.

Zum ersten Mal seit Tagen scheint wieder die Sonne in Sulaimaniya. Die Hauptstadt der gleichnamigen nordirakischen Kurdenprovinz zählt rund eine Million Einwohner und gilt als die intellektuelle und liberale Metropole der autonomen Kurdenregion in Irak. Mindestens 41 Abgeordnete werden die drei Kurdenprovinzen Dohuk, Erbil und Sulaimaniya im neuen Parlament in Bagdad vertreten, 17 davon kommen aus Sulaimaniya.

»Das müssen nicht alle Kurden sein«, betont Mohammed Taher, der das Büro der örtlichen Wahlkommission leitet. Etliche der neun Parteien, die in Sulaimaniya antreten, hätten arabische oder christliche Kandidaten aufgestellt. Die Auswahl auf dem Stimmzettel reicht von der Turkmenen-Partei über zwei Islamische und verschiedene Irakisch-Nationale Listen bis zur Kurdistan-Allianz. Letztere besteht aus den beiden größten und ältesten Parteien in den Kurdengebieten, der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP, Vorsitzender Masud Barzani) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK, Vorsitzender ist Staatspräsident Dschalal Talabani). Sie koaliert mit den kleineren Parteien von Kommunisten und Sozialisten. Hinzu kommen sechs christliche Parteien, die auf den Stimmzetteln aller 18 Provinzen Iraks zu finden sind. So soll sichergestellt sein, dass Christen überall wählen können.

Häuser, Wände, Autos und Schaufenster sind mit Plakaten und Fahnen der verschiedenen Parteien und Kandidaten geschmückt. Über den Straßen hängen Leinen mit Parteifähnchen kreuz und quer: grün für die PUK, gelb für die KDP, rot für die Kommunisten, weiß oder braun für die Islamisten und blau für Goran.

Bisher sei der Wahlkampf ruhig verlaufen, betont Taher. Einige ju-



gendliche Hitzköpfe konkurrierender Parteien hätten sich geprügel, manche überklebten Plakate der anderen, was jeweils mit Geldstrafen geahndet wird.

Besonders scharf ist die Auseinandersetzung zwischen der PUK und der neuen Oppositionsbewegung Goran (Wechsel), die bei den Wahlen zum autonomen Kurdenparlament im Sommer in Sulaimaniya auf Anhieb 25 Sitze erringen konnte. Bis dahin beherrschten KDP und PUK die Region, die Widerspruch weder kannten noch duldeten.

## PUK ist nur an ihren Geschäften interessiert

Doch der Wind hat sich gedreht. Goran ist heute Hoffnungsträger für viele Kurden, die sich von der kurdischen Politelite in Bagdad und Erbil vergessen und verraten fühlen. Ein selbstherrlicher Führungsstil, Vetternwirtschaft und dreiste Selbstbedienungspolitik, die nicht nur in Bagdad, sondern auch in der Kurdenregion um sich greift, hatten 2006 zum Bruch in der PUK und 2007 zur Gründung von Goran geführt. Mit ihrer Kritik trifft die Bewegung so sehr ins Schwarze, dass sich ihr viele ehemalige PUK-Funktionäre angeschlossen haben. Auch im Ausland hofft man auf Zuspruch.

»Die Sonne ist gerade richtig für unsere Kundgebung«, freut sich Sarko Osman, Kandidat der Goranliste von Sulaimaniya, als er in sei-



nen Wagen steigt. Ein Bus mit meist jungen Anhängern folgt ihm, ebenfalls mit blauen Fahnen geschmückt. Auf der Fahne ist eine Kerze zu sehen, darunter steht in kurdischer, arabischer, englischer und kurdischer Schrift der Name der Bewegung.

»Die Kerze soll zeigen, dass wir für Aufklärung, Hoffnung und Zukunft stehen«, erklärt Sarko Osman in fließendem Englisch. Er hat Politikwissenschaften in Damaskus studiert, heiratete und ging nach London, bevor er 2003 wieder in seine kurdische Heimat zurückkehrte. Zwei Jahre arbeitete er in Bagdad im Pressebüro für den PUK-Vorsitzenden und iraki-



Wahlkampf in in Sulaimaniya (oben) und Chamchamal (links), zwei irakisch-kurdischen Städten nahe Kirkuk. In ersterer sieht man auch Kinder für Kandidaten werben. Fotos: Karin Leukefeld ND-Karte: Wolfgang Wegener



schon Präsidenten Dschalal Talabani, 2007 schloss er sich der neuen Bewegung an. »Die PUK-Politiker kümmern sich nicht um die einfachen Leute, reden nicht mit den Leuten im Bazar, in den Dörfern, sie wissen überhaupt nicht, was für Probleme die Menschen haben. Alles, was sie interessiert, sind ihre Geschäfte und ihr Geldbeutel.«

Die Fahrt geht nach Chamchamal, etwa 40 km von Kirkuk entfernt. Die breite Straße Richtung Westen ist voller Schlaglöcher. Gelegentlich stoppen Viehherden den Verkehr, ziehen dann gemächlich am Straßenrand entlang und verschwinden über saftig grüne Wiesen hinter Dörfern und einzeln gelegenen Höfen. Der Winterregen lässt die Natur in der weiten, sanft hügeligen Landschaft farbenprächtig erblühen, auf den entfernt gele-

genen Bergen strahlen schneebedeckte Gipfel in der Sonne.

Kurz vor Chamchamal geht es an Werkstätten und einfachen Häusern vorbei. Arbeiter schweißen und hämmern an Autos. Kinder und Frauen sitzen auf den Türschwellen. Vor einem mit Goran-Fahnen bedeckten Eingang wird Halt gemacht, Osman steigt aus, schüttelt Hände, schon geht es weiter zum nächsten Goran-Büro. Das liegt am Stadtrand von Chamchamal in einer ärmlichen Siedlung, die Bewohner sind Flüchtlinge aus Kirkuk.

## Kirkuk muss Probleme im Dialog lösen

»Diese Häuser wurden 1991 ohne Genehmigung von den Leuten selber gebaut«, erklärt Osman zwischen Händeschütteln und Fragenbeantworten. »Vorher lebten sie in Zelten.« Die Menschen flohen nach dem Ende des Irak-Irak-Krieges 1988/89 aus ihrer Heimat Kirkuk, doch viele wollen heute nicht mehr zurückkehren, erzählt Sarko später auf der Fahrt zum Kundgebungsort. Während die Älteren Kirkuk vermissen und gerne wieder dort leben wollten, hätte die junge Generation keine Erinnerung an Kirkuk und fühle sich in Chamchamal und der Provinz Sulaimaniya zu Hause. »Wir müssen realistisch sein«, sagt der Goran-Kandidat, »die jungen Leute haben ihre Wurzeln hier, ebenso wie die junge Generation der Araber in Kirkuk ihre Wurzeln dort hat und nicht mehr in Basra oder Nassariya, von wo Saddam Hussein sie zwang, umzusiedeln.« Das in Artikel 140 der irakischen Verfassung verankerte Referendum, die Rückwanderung von Arabern nach Südirak und die Rücksiedlung von

Kurden nach Kirkuk liebe sie nicht umsetzen, ist Osman überzeugt und verweist auf die Forderung der Goran-Liste: »Die Leute von Kirkuk müssen ihre Situation im Dialog lösen, sie sollen selber entscheiden, welchen Status ihre Stadt in Zukunft haben soll.«

Inzwischen ist der Konvoi auf Dutzende Autos angewachsen und biegt auf die Straße zum Kundgebungsort ein, einem freien Feld vor der Stadt. Die Autos stehen schon dicht an dicht geparkt, ein Lastwagen ist zur Bühne umgebaut. Dutzende junge Männer tanzen ausgelassen zur lauten Musik, schwenken Fahnen und Tücher, immer wieder ertönt die Parole »Ay Gorin!«, »Wir wollen den Wechsel!« Für die wenigen Frauen und älteren Männer sind Stühle in einem Halbrund aufgebaut. Festlich gekleidet, betrachten sie das Treiben mit stoischer Ruhe.

Osman klettert auf die Bühne, neben ihm stehen zwei weitere Kandidaten, alle werden mit lautem Beifall und Parolen begrüßt. »Ich hoffe auf einen Wechsel«, sagt ein junger IT-Student in gutem Englisch. Seine Eltern wohnen in Chamchamal, er ist mit der ganzen Familie zur Kundgebung gekommen. »Die Regierung ist korrupt, sie bestiehlt uns und lässt die Menschen mit den Problemen allein.«

Ein anderer Mann mittleren Alters hofft auch auf den Wechsel, wie er sagt. Voller Zorn erzählt er, dass er viele Familienmitglieder während der Anfal-Operation in den 80er Jahren verloren habe. 1996 sei sein Bruder beim Kampf zwischen KDP und PUK gefallen. »Wir haben keinen Strom, kein sauberes Trinkwasser, und das Öl unter unseren Häusern stehen sie uns.« Er sei wütend auf die beiden Parteien, darum unterstütze er jetzt Goran.

# »Migration ist ein Problem«

Im andalusischen El Ejido sind die fremdenfeindlichen Übergriffe von 2000 unvergessen

Von Sabrina Apicella, El Ejido

Die spanische Landwirtschaft ist auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Rassistische Ausschreitungen verhindert dies nicht. Das zeigt das Beispiel von El Ejido. Die dramatischen Ereignisse von vor zehn Jahren sind bis heute nicht aufgearbeitet.

Das Szenario ist beeindruckend: ein Meer aus Plastik. In der südspanischen Kleinstadt El Ejido wird das ganze Jahr auf über 350 km<sup>2</sup> Fläche Gemüse und Obst in Gewächshäusern angebaut. Aus dieser Region wird ganz Europa mit billigen Produkten versorgt – Hauptabnehmer ist Deutschland. Um El Ejido herum konzentriert sich die industrialisierte Landwirtschaft, mit den allseits bekannten ökologischen Verwerfungen, die diese nach sich zieht. Was jedoch kaum zur Sprache kommt, sind die Lebens- und Arbeitsverhältnisse derjenigen, die diese Region als Migranten erreichen, um sich in Europa »ihr Leben zu suchen«, um Papiere zu bekommen und um zu

arbeiten, nicht selten kommen sie aus Marokko.

Vor zehn Jahren waren sie Ziel eines bewaffneten Mobs von Spaniern. Drei Tage lang griffen sie vor allem marokkanische Migranten, deren Unterkünfte und Läden, sowie Organisationen an, welche mit Migranten zusammenarbeiteten. Die dreitägige, systematische und organisierte Gewalt hinterließ eine Zerstörung, deren Folgen bis heute anhalten. Nach den Angriffen wurde nie wieder ein so hoher Grad an migrantischer Organisation erreicht, wie in den späten 90er Jahren. Die Einschüchterung und Isolation hält bis heute an. Von dem am 12. Februar 2000 unterschriebenen Schlichtungsabkommen über angemessene Unterkünfte für Migranten, ein Verfahren zur Legalisierung aller illegalisierten Migranten, die Aufklärung der Geschehnisse, die Entschädigung der Betroffenen und die Schaffung einer Instanz, welche die Erfüllung aller Punkte überwachen sollte, wurde bis heute kein einziger Punkt umgesetzt!

Inzwischen hat die Finanzkrise nicht nur die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschärft. Sie führt auch dazu, dass der fremdenfeindliche Diskurs wieder spürbar an Konjunktur gewinnt.

In den letzten Wochen fand in Almería eine Veranstaltungs- und Diskussionsreihe zur Erinnerung an die Ereignisse im Februar 2000 statt. Vor allem das Sozialforum Almería, der Verein »Almería Intercultural« und die Landarbeitergewerkschaft SOC Almería hatten eingeladen, die Geschehnisse in El Ejido zu analysieren, über gegenwärtige Missstände zu debattieren und gemeinsame Perspektiven zu entwickeln, damit sich derartige Ausschreitungen nicht wiederholen.

Die Reihe »El Ejido – zehn Jahre danach« war auch der Versuch einiger weniger, aus der Isolation herauszutreten, sich nach langer Zeit wieder zu vernetzen und das Schweigen zu brechen. Zu dem sehr breit gefächerten Programm wurden über 400 Akteure aus Politik, Presse, aus Universitäten, Un-

ternehmen, von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Parteien, auch aus der Verwaltung oder der Regierung eingeladen, so Federico Pacheco von der SOC Almería. Doch fast niemand kam. »Migration ist ein Problem« sagt Javier Ayestarán von der sozialdemokratischen Gewerkschaft Comisiones Obreras und er meint damit nicht nur die Probleme der Migranten selbst, sondern vor allem den Umgang mit dem Thema, dem sich die meisten verweigern. »Allein eine Diskussionsveranstaltung zur Erinnerung ist inkorrekt, Rechte für Migranten einzufordern, ist inkorrekt, denn Migranten sollen Sklaven sein, entrechtet und desorganisiert«, sagte José Criado, ein Schriftsteller und Journalist aus der Region, und die Mitdiskutanten stimmten zu.

Auch internationale Gruppen aus Frankreich, Österreich, Deutschland und der Schweiz waren zur Unterstützung angereist und machten deutlich, dass El Ejido trotz der schwierigen Verhältnisse vor Ort in den letzten zehn



Migranten demonstrieren in der Provinz Almería für ihre Rechte. Foto: Bolyos

Jahren europaweit zu einem Symbol für Ausbeutung und Rassismus geworden ist, wie Nicholas Bell vom Europäischen BürgerInnen Forum betonte. Dass es keine starke Bewegung gäbe, so Bell, sei kein spezifisches Problem in Almería.

Vor wenigen Wochen kam es im süditalienischen Rosarno wieder zu xenophoben Ausschreitungen gegen migrantische Landarbeiter bei der Orangenernte. Wieder gin-

gen die Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte mit einem starken Rassismus und dem gezielten Angriff auf politische Organisation und Protest einher. Erst die Ausbeutung der Menschen und die rassistische Grenz- und Migrationspolitik der EU machen das Modell der industrialisierten Landwirtschaft möglich, von dem auch wir tagtäglich in Form von Billiggemüse profitieren.